

## Häschen in der Grube

**Zum zweitenmal ist ein Hamburger CDU-Bundestagsabgeordneter über eine unklare Geldaffäre gestolpert: Dietrich Rollmann kehrt nicht nach Bonn zurück.**

Es sah aus wie bestellt: Gerade hatten Hamburgs christdemokratische Führer beschlossen, über CDU-MdB Dietrich-Wilhelm („Didi“) Rollmann nicht mehr zu sprechen, da machte der quirlige Hanseat wieder von sich reden.

Die CDU-Vertreterversammlung hatte sich, Freitag vorletzter Woche, zur Kandidatenkür für die Bundestagswahl in Hamburgs Curio-Haus versammelt. Rollmann war anwesend, stand aber nicht mehr zur Disposition, als sein Name dennoch in aller Munde geriet: Von der Polizei kam Nachricht, im unbesetzten Büro des CDU-Kreisverbands Hamburg-Mitte (Vorsitzender: Rollmann) sei eben, am helllichten Tag, eingebrochen worden.

Der oder die Täter hatten eine Nebentür geknackt, den Schreibtisch der Sekretärin erbrochen und durchwühlt. Es fehlte aber, so schien und so bestätigte es sich, nichts. Geld war offenbar nicht das Tatmotiv. Auf dem Schreibtisch lagen, so Rollmann, „in einem Umschlag genau 392 Mark“. Der Umschlag blieb liegen.

Hinter dem Bruch vermutet Rollmann „eindeutig politische Motive“. Springer-Blätter verspürten gar einen „Hauch von Watergate“ („Welt am Sonntag“), während jüngere Christdemokraten, Rollmann nicht so zugezogen, eher „ein bißchen Wind“ bemerkten.

Das Interesse der Einbrecher galt, das wenigstens glaubt Rollmann, politischen Papieren, insbesondere einer Liste von Spendern, die in den Jahren 1973/74 der hanseatischen Christen-Union rund 280 000 Mark für den Bürgerschaftswahlkampf zugesteckt hatten.

Rollmann selbst („Ich war einer der wesentlichsten Geldbeschaffer der CDU“) hatte die Spenden eingeheimst, doch wohlweislich „darüber keine schriftlichen Aufzeichnungen“ gemacht — was sich nun als glücklicher Umstand erwies und was dennoch dem Vorsichtigen zum Schaden gereichen sollte.

Von den 280 000 Mark hatte der Kreisverbandsvorsitzende nur 220 000 an den Landesverband weitergereicht. 60 000 behielt er ein und gab sie, so sagt er, im Wahlkampf aus — unrechtmäßig, wie der Landesvorstand nachträglich befand, und möglicherweise nicht ganz korrekt.

Zwar kann Rollmann auf zwei Prüfungsberichte übergeordneter Parteistanzen verweisen, die an der Führung

der Wahlkampfkasse nichts zu beanstanden hatten. Andererseits läßt ein Mitglied der Hamburger CDU-Führung jeden, der danach fragt, wissen, Rollmann sei im Umgang mit den Spenden „recht sorglos“ gewesen und habe sie „wohl als eine Art Repräsentationsfonds“ betrachtet. Der Kreisverband wurde zu Teilrückzahlung verdonnert — und Rollmann legte, seltsam genug, 11 000 Mark aus eigener Tasche dazu.

Als dies alles bekannt wurde, mußte Rollmann aus dem heiß gewordenen Rennen um gute Plätze für die nächste Bundestagswahl ausscheiden. Der Politiker, der 1960 als jüngster Parlamentarier nach Bonn gezogen war und sich dort immerhin zum jugendpolitischen

(„Ein Dolchstoß“) um so ärgerlicher war, als der gelernte Maurer und „Renommierproletarier“, wie Hamburger Sozialdemokraten ihn nennen, von Birgit Breuel, Tochter des hanseatischen Bankiers Alwin Münchmeyer, auf den wenig aussichtsvollen Landes-Listensplatz 7 abgedrängt worden ist.

Orgaß konnte mit wenigen taktischen Zügen ausmanövriert werden, Rollmann erwies sich als härterer Broker. Es dauerte fast zwei Jahre, ehe er endgültig fertiggemacht werden konnte: Sein Sturz kündigte sich im Mai 1974 an.

Damals hatte CDU-Fraktionschef Jürgen Echter nach Rollmann den Posten des Hamburger Parteivorsitzenden abgejagt. Der glatte Aufsteiger, der selten Freunde, aber immer Gefolgsleute zu finden versteht, fühlte sich stark genug für eine Machtprobe mit Rollmann und bot ihm, als der Schwächezeichen erkennen ließ, einen Handel an: Rollmann verzichtet zugunsten Echter nachs auf Wiederwahl zum Landeschef, Echter nach sorgt dafür, daß Rollmann 1976 abermals in den Bundestag kommt.

Die Abmachung, von Echter nach „eindeutig bestritten“, von Rollmann bestätigt, hielt nur ein Jahr. Dann wurde sie, wie Rollmann sich vor Freunden beschwerte, von Echter nach widerrufen.

Danach mehrten sich die Zeichen: Im Dezember vorigen Jahres gelangten Papiere über parteiinterne Geldgeschäfte (Rollmann: „Aus der

Landesgeschäftsstelle gestohlen“) an die Öffentlichkeit, die geeignet waren, Rollmann ins Zwielicht zu rücken. Und Ende Februar wurde er aus dem Landesvorstand, wo er noch als Beisitzer fungierte, abgewählt.

Der Angeknockte wurde schließlich auf christdemokratisch verabschiedet: mit einem letzten Tritt. Die Spendenaffäre, in der Partei schon beigelegt, sickerte durch, und auch dem letzten CDU-Wahlmann wurde klar, daß es bei Didi Rollmann nichts mehr zu wählen gab. Rollmann, der zunächst noch „kämpfen“ wollte, verzichtete („Die Chance der Niederlage war größer als die Chance des Sieges“) auf die Bundestags-Kandidatur.

Und dann kam Didi doch noch zu einem letzten Auftritt. Als die Nach-



CDU-Politiker Echter nach, Rollmann: Wind oder Watergate?

Sprecher der Unions-Fraktion hochgedient hatte, wurde nicht wieder nominiert. Er ist schon der zweite altgediente Hamburger CDU-Bundestagsabgeordnete, der über unklare Geldaffären stolperte.

Der erste, Mittelstandspolitiker Heinrich Gewandt, hatte bereits vergangenes Jahr aufgegeben. Der Abgeordnete war im Zusammenhang mit dem Bau des Kampfflugzeuges Alpha Jet in Bestechungsverdacht geraten und hatte trotz Rehabilitation auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

Nachdem auch Rollmann endgültig abserviert worden war, mußte noch der Sozialausschußmann Gerhard Orgaß, seit 1965 für Hamburgs CDU beim Bund, über die Klinge springen — was Unions-Christen vom linken Flügel

richt vom Einbruch eintraf, eilte er in sein Büro und ließ sich, vielleicht zum letztenmal, für die Presse fotografieren — „genau“, mokierte sich ein junger CDU-Mann, „wie Häschen in der Grube“.

## ARBEITSLOSE

### Bessere Tricks

**Gut 44 000 Arbeitslose mußten im vergangenen Jahr hinnehmen, daß ihnen das Stempelgeld gesperrt wurde: Sie waren zu anspruchsvoll.**

Bis zum 31. Oktober 1974 verdiente Jens Eggensen\* nicht schlecht. Woche um Woche bekam der Betonbauer 565 Mark. Dann, mitten in der Rezession, wurde er arbeitslos und mußte sich mit dem Stempelgeld, zu-

44 200 Arbeitslose verhängte die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit im vergangenen Jahr eine sogenannte Sperrzeit. Ein Jahr zuvor waren nur 22 000 Bundesdeutsche vom Stempelgeld ausgeschlossen.

Und trotz anlaufender Konjunktur werden in diesem Jahr vermutlich noch mehr Sperrvermerke verhängt werden. „Je besser die Aussichten auf einen baldigen Konjunkturaufschwung“, glaubt Hamburgs Arbeitsamtsdirektor Dietrich Oldenburg, „um so eher lehnt ein Arbeitsloser eine Stelle ab.“

Dabei sind sich die Jobexperten und Arbeitsamtsbeamten darin einig, daß die Zahl der Drückeberger oder Arbeits-scheuen unter den Gesperrten vergleichsweise niedrig ist. Oldenburg: „Die haben bessere Tricks“, etwa absichtlich unvorteilhafte Präsentation während der von den Ämtern vermittelten Vorstellungsgespräche beim

mungen des Arbeitsförderungsgesetzes darf kein Arbeitsloser mehr einen Job ablehnen, weil

- ▷ die neue Stellung nicht dem bislang ausgeübten Beruf entspricht,
- ▷ der neue Arbeitsplatz vom Wohnort des Arbeitslosen weiter entfernt ist als der frühere,
- ▷ die Arbeitsbedingungen ungünstiger als früher sind,
- ▷ lediglich der tarifliche Arbeitslohn bezahlt wird und anders als beim letzten Job übertarifliche Zuschläge oder Vorteile entfallen.

Dank der neuen Vorschriften riskiert beispielsweise ein arbeitsloser Diplom-Ingenieur eine Sperrzeit, wenn er nicht als Techniker arbeiten will. Ein Betriebswirt muß sich mit der Stelle eines untergeordneten kaufmännischen Angestellten begnügen, ein Schlossermeister mit dem Job eines Hilfsschlossers.

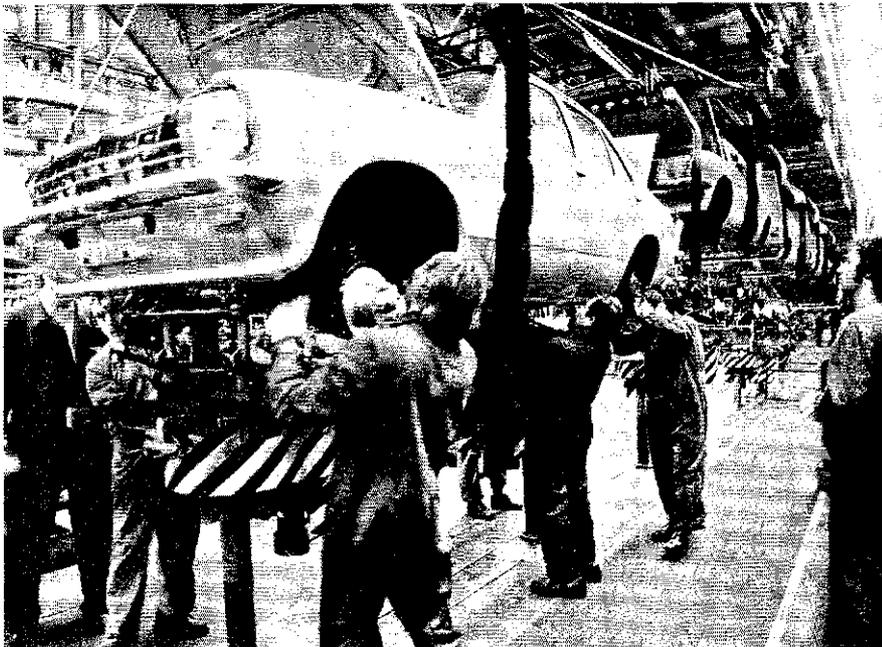
„Mit Mißtrauen und immer größerer Sorge“ (DGB-Arbeitsmarktexperte Edmund Duda) registrieren vor allem die Gewerkschaften den neuen Trend. Die Funktionäre nämlich wollen wissen, daß viele Unternehmer längst die neue Härte der Ämter geschickt zu ihren Gunsten nutzen. Sie entließen die in der Hochkonjunktur mit hohen Bezügen geköderten Arbeiter und Angestellten und wechselten sie gegen geringer bezahlte Nachfolger aus.

In den Bochumer Opelwerken zum Beispiel, berichten IG-Metall-Vertrauensleute, verdienen etliche neu eingestellte Bandarbeiter vorerst je Stunde bis zu zwei Mark weniger als die entlassenen Kollegen, die sie ersetzen.

Vor allem arbeitslose Angestellte trifft das kühlere Klima hart. Wegen der in den letzten Jahren rasch vorangetriebenen Rationalisierung in Kontoren und Büros können die Personalchefs immer häufiger hochdotierte und qualifizierte Angestellte durch billigere Arbeitskräfte austauschen: Computer und andere Bürohelfer haben einst komplexe Arbeitsvorgänge immer weiter zerstückelt und vereinfacht.

Am ärgsten sind ausgebildete Warenhauskaufleute dran. Kaufhauskonzerne und Handelsketten haben so kräftig rationalisiert, daß fast überall kleinere Filialen und Verkaufseinheiten organisatorisch zusammengelegt wurden. Wo etwa früher ein Abteilungsleiter residierte, werden heute allenfalls noch Assistenten eingesetzt.

Die in etlichen Branchen deutliche Tendenz, viele Arbeitsvorgänge herunterzustufen und weniger attraktive Jobs anzubieten, läßt Arbeitsmarktexperten vermuten, die Arbeitslosen seien vergleichsweise bescheiden geworden — trotz der 44 200 Sperrvermerke. Die Frankfurter Arbeitsvermittlerin Ingrid Ludwig interpretiert die Rekordzahl denn auch als „ein Indiz dafür, daß die Ansprüche der Arbeitslosen schon gesunken sind“.



**Bandarbeiter bei Opel:** Die Unternehmer nutzen die Härte der Ämter

letzt 208,20 Mark wöchentlich, behelfen. Seit ein paar Tagen bekommt er nicht einmal mehr die beiden Blauen.

Der beschäftigungslose Betonbauer hatte eine vom Arbeitsamt angebotene Stelle ausgeschlagen, weil ihm weder die Arbeit — er sollte wieder als Betonbauer untergebracht werden — noch der Lohn gefiel. Sein neuer Job nämlich war um rund 200 Mark schlechter dotiert als seine frühere Stellung.

Wenige Tage nachdem er die Offerte ausgeschlagen hatte, schlug das Arbeitsamt zu. „Wegen Ablehnung einer angebotenen Arbeit“ wurde ihm für vier Wochen die Arbeitslosenunterstützung gestrichen.

Ähnlich erging es in den letzten Monaten etlichen der rund 1,3 Millionen westdeutschen Arbeitslosen. Gegen

neuen Arbeitgeber. Die Profis unter den Arbeitslosen stellen sich begriffsstutzig oder schwerhörig, depressiv oder aufsässig, um vom Stellenanbieter abgewiesen und so vom Arbeitsamt weiterbezahlt zu werden.

Unter den Sperrvermerke fallen dagegen vor allem jene, die eine gutbezahlte Dauerstellung suchen, die ihnen überdies ähnliche Verdienst- und Aufstiegschancen bietet wie ihr früherer Arbeitgeber.

Nur: Derlei Ansprüche, die noch Anfang der siebziger Jahre als blanke Selbstverständlichkeit galten, lassen sich heute kaum noch durchsetzen. Verschreckt durch die immer steiler kletternden Arbeitslosenzahlen und die rasch aufreißende Finanzlücke der Arbeitslosenversicherung, beschneidet die Bundesregierung rigoros die Rechte der Arbeitslosen. Nach den neuen Bestim-

\* Name von der Redaktion geändert.